



Sessionsvorschau Herbstsession 2021– Netzwerk Kinderrechte Schweiz

In der Herbstsession sind zahlreiche Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen:

Der **Nationalrat** befasst sich in der kommenden Session mit verschiedenen Geschäften, die für die Kinderrechte wichtig sind. Von zentraler Bedeutung ist die Ergänzung des [Gesetzes über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte](#). Ziel der Gesetzesrevision ist die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution, die den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Schweiz stärken soll. Die Vorlage wurde bereits im Ständerat beraten. Abweichend vom Beschluss des Ständerats hat die ausserpolitische Kommission des Nationalrats beschlossen, die Aufgaben der Menschenrechtsinstitution gesetzlich nicht abschliessend aufzulisten. Nun wird sich der Nationalrat mit der Vorlage befassen. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz setzt sich zusammen mit der NGO-Plattform Menschenrechte für eine glaubwürdige nationale Menschenrechtsinstitution ein und empfiehlt dem Nationalrat, dem Mehrheitsantrag zu folgen und einen offenen Aufgabenkatalog gesetzlich zu verankern. Ein weiteres zentrales Anliegen adressiert die Motion [«Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern»](#) von Nationalrätin Bulliard-Marbach. Die Motion will Kinder vor körperlicher Bestrafung, seelischer Verletzung und anderen entwürdigenden Massnahmen schützen. Weitere Vorstösse im Nationalrat betreffen die [Gesundheit der Kinder und Jugendlichen](#). Mit einer Motion fordert so Nationalrat Lohr eine nationale Strategie, damit Kinder und Jugendliche ihr Gesundheitspotential optimal entfalten können.

Zudem sind in beiden Räten Vorstösse traktandiert, die sich mit Familienpolitik befassen: der Nationalrat behandelt das Kommissionspostulat [«Volkswirtschaftliches Gesamtmodell \(Kosten-Nutzen\) von Elternzeitmodellen»](#) und der Ständerat wird die Motion von Baume-Schneider behandeln, die eine [nationale Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit](#) fordert.

Im Ständerat sind vor allem die folgenden Geschäfte zu erwähnen: die Motion der nationalrätlichen Bildungskommission fordert den Bundesrat auf, [Lücken in der Integrationsagenda zu füllen, damit für alle Jugendliche in der Schweiz die Chancengerechtigkeit verbessert wird](#). Die Motion von Baume-Schneider verlangt vom Bundesrat pragmatische Lösungen in Krisen zur Unterstützung von Menschen ohne rechtlich geregelten Status. Diese Personen haben weder Zugang zu Lohnersatzmassnahmen oder zur ordentlichen Sozialhilfe noch zum Gesundheitssystem. Der fehlende Zugang zu Unterstützungsleistungen in prekären Situationen trifft Kinder in besonderem Masse. Schliesslich befasst sich der Ständerat mit der Motion von Nationalrätin Yvonne Feri, die eine [Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing](#) bei Kindern und Jugendlichen fordert. Der Nationalrat stimmte der Motion bereits zu, auch die vorbehandelnde Kommission des Ständerats spricht sich einstimmig für die Annahme der Motion aus.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Sessionswoche 1

Nationalrat

Montag 13.09.2021	Dienstag 14.09.2021	Mittwoch 15.09.2021	Donnerstag 16.09.2021	Freitag 17.09.2021
	Geschäft des BR Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und zum Schutz der Menschenrechte. Bundesgesetz 19.073		Geschäft des BR Bundesgesetz über Tabakprodukte 15.075	
	Geschäft des BR UNO-Migrationspakt 21.018		Motion Roduit Benjamin Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen 19.4069	
			Motion Lohr Christian Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit 19.4070	
			Geschäft des BR Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 20.030	
			Motion Herzog Eva 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention 20.4463	
			Postulat SGK-NR Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen 21.3961	



Montag 13.09.2021	Dienstag 14.09.2021	Mittwoch 15.09.2021	Donnerstag 16.09.2021	Freitag 17.09.2021
------------------------------------	--------------------------------------	--------------------------------------	--	-------------------------------------

Parl. Initiative
Romano Marco

**Einführung einer
Adoptionsentschädi-
gung**

13.478

Parl. Initiative
Jositsch Daniel

**Mindeststrafen bei se-
xuellen Handlungen
gegenüber Kindern
unter 16 Jahren.**

16.408

Parl. Initiative
Christa Markwalder

**Steuerliche Entlastung
für familienexterne Kin-
derbetreuung von bis
zu 25 000 Franken pro
Kind und Jahr**

20.455

Geschäft des BR

**Strafraahmenharmoni-
sierung und Anpas-
sung des Nebenstraf-
rechts an das neue
Sanktionenrecht**

18.043

Geschäft des BR

**Ev. Massnahmen zur
zivilen Friedensförde-
rung und zum Schutz
der Menschenrechte.
Bundesgesetz**

19.073

Motion

Baume-Schneider Elisa-
beth

**Situation der Menscher
ohne rechtlich geregel-
ten Status berücksicht-
igen**

20.3420



Sessionswoche 2

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
20.09.2021	21.09.2021	22.09.2021	23.09.2021	24.09.2021
Motion Français Olivier	Postulat Trede Aline	Geschäft des BR		
Führerausweis ab 16 Jahren für vierrädrige Leichtmotorfahrzeuge	Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im BASPO	Ev. Bundesgesetz über Tabakprodukte		
20.4573	21.3078	15.075		

Sessionswoche 2

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
20.09.2021	21.09.2021	22.09.2021	23.09.2021	24.09.2021
Geschäft des BR		Interpellation Carobbio Guscetti Marina	Motion WBK-NR	
Bundesgesetz über Tabakprodukte		Vermisste unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen?	Lücken in der Integrationsagenda füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz	
15.075		21.3701	21.3964	

Geschäft des BR
Ev. Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024
20.030

Geschäft des BR
Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung). Volksinitiative
20.068



Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag

27.09.2021

Postulat

Feri Yvonne

Dienstag

28.09.2021

Mittwoch

29.09.2021

Donnerstag

30.09.2021

Freitag

01.10.2021

Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?

19.4016

Postulat

Regazzi Fabio

Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindesmissbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen

19.4105

Motion

Schläpfer Therese

Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellen Übergriffen und Gewalt an Frauen und Kindern

19.4191

Motion

Schläpfer Therese

Kinderehen müssen konsequent bekämpft werden

19.4261

Motion

Bulliard-Marbach Christine

Endlich den Schutz von Kindern vor der rasant ansteigenden pädosexuellen Gewalt im Internet mit einem griffigen nationalen Aktionsplan gewährleisten

19.4349

Motion

Bulliard-Marbach Christine

Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern

19.4632



Motion
Marti Samira

**Dramatische Situation
auf Lesbos. Die
Schweiz muss han-
deln!**

20.3024

Motion
Markwalder Christa

**Keine Lehrabbrüche
von Asylsuchenden,
die bereits in den
schweizerischen Ar-
beitsmarkt integriert
sind**

20.3322

Sessionswoche 3

Ständerat

Montag

27.09.2021

Motion
Feri Yvonne

**Social-Media-Kampag-
ne gegen Mobbing und
Cybermobbing bei Kin-
dern und Jugendlichen**

20.3687

Motion
Lohr Christian

**Automatische Ausstel-
lung eines Ausweises
für den Bezug einer
Hilflosenentschädi-
gung**

20.3691

Motion
Funciello Tamara und
Vincenz-Stauffacher Su-
sanne

**24-Stunden-Beratungs-
angebot für von Ge-
walt betroffene Perso-
nen gemäss Istanbul-
Konvention**

20.4451 und 20.4452

Dienstag

28.09.2021

Mittwoch

29.09.2021

Donnerstag

30.09.2021

Motion
Fraktion BD

**Mutterschaftsentschä-
digung endlich auch
für Ehegattinnen und
eingetragene Partne-
rinnen von Landwirt*in-
nen**

19.3446

Interpellation
Vara Céline

**Epidemiologische Stu-
dien über Neonicotino-
ide in der Hirnflüssig-
keit von Kindern**

21.3612

Freitag

01.10.2021



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Interpellation

Vara Céline

**Doulas als Ergänzung
zu Hebammen oder
Entbindungspflegern.
Ein Modell für eine
bessere Schwanger-
schaftsbetreuung**

21.3699

Postulat

Baume-Schneider Elisa-
beth

**Schaffung einer natio-
nalen Beobachtungs-
stelle für die frühe
Kindheit**

21.3741



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Herbstsession 2021

Geschäft des Bundesrates

15.075

Bundesgesetz über Tabakprodukte

Das Parlament will den Umgang mit Tabakprodukten strenger regeln. Das neue Tabakproduktegesetz soll nach dem Willen der SGK-SR als indirekter Gegenvorschlag mit der Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» verknüpft werden. Der Ständerat schwenkt auf den liberaleren Kurs des Nationalrats um: Das Verbot für Werbung in Presseerzeugnisse und Internetseiten gilt nur für solche, die sich direkt an Minderjährige richten. Dagegen soll künftig vom öffentlichen Grund einsehbare Plakatwerbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten sowie Werbung in Kinos, öffentlichen Verkehrsmitteln, Gebäuden und auf Sportplätzen verboten sein. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat. Klar scheint bereits jetzt, dass die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» zur Abstimmung kommen wird.

Geschäft des Bundesrates

19.073

Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und zum Schutz der Menschenrechte. Bundesgesetz

Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 die Vorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) gutgeheissen. Er verstärkt damit seinen Einsatz für die Menschenrechte, die in der Bundesverfassung verankert sind. Mit dem Modell einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft trägt er den Ergebnissen der Vernehmlassung Rechnung. Die NMRI soll unabhängig sein, breite gesellschaftliche Kreise einbeziehen und vom Bund eine jährliche Finanzhilfe erhalten. Mit der Vorlage soll das Pilotprojekt durch eine dauerhafte, gesetzlich verankerte NMRI in Form einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft abgelöst werden. Mit dem vorgeschlagenen Modell wird sowohl den Ergebnissen der Vernehmlassung als auch den Vorgaben der UNO Rechnung getragen. Um einen lückenlosen Übergang zwischen Pilotprojekt und Nachfolgeinstitution zu ermöglichen, ist eine Verlängerung des bis Ende 2020 befristeten Pilotprojekts um zwei Jahre vorgesehen.

Der Ständerat befürwortet eine nationale Menschenrechtsinstitution. Abweichend vom Beschluss des Ständerats hat die vorberatende Kommission (APK-N) des Nationalrats beschlossen, die Aufgaben der nationalen Menschenrechtsinstitution gesetzlich nicht abschliessend aufzulisten. Dafür setzt sich auch das Netzwerk Kinderrechte Schweiz zusammen mit der NGO-Plattform Menschenrechte ein, und empfiehlt dem Nationalrat, dem Mehrheitsantrag seiner Kommission zu folgen.



Geschäft des Bundesrates

18.043

Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Der Bundesrat will eine angemessene Sanktionierung von Straftaten ermöglichen und passt deshalb im Strafgesetzbuch den Strafraumen für verschiedene Delikte an. Im Vordergrund stehen dabei Gewalt- und Sexualdelikte, die oftmals an Frauen und Kindern begangen werden. Diese sollen künftig härter bestraft werden. Bei einer sexuellen Handlung mit einem Kind unter 12 Jahren, die nicht einer Vergewaltigung entspricht, wird eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe eingeführt. Bei einer Vergewaltigung gilt eine Mindeststrafe von zwei Jahren Freiheitsstrafe. Gleichzeitig stimmt der Bundesrat auch das Verhältnis der Strafraumen besser aufeinander ab. Der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern soll damit verstärkt Rechnung getragen werden.

Der Ständerat will die Strafen für gewisse Delikte verschärfen, entscheidet sich im Gegensatz zum Bundesrat jedoch dafür, keine Mindeststrafen vorzusehen. Die Anpassungen betreffen vor allem Randalierer*innen, die bei Ausschreitungen Polizei, Sanität oder Feuerwehr angreifen. Ebenfalls angepasst wird der Strafraumen für schwere Körperverletzungen oder gewerbsmässig begangene Vermögensdelikte. Die Revision des Sexualstrafrechts soll in einer separaten Vorlage behandelt werden.

Geschäft des Bundesrates

20.030

Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Förderung der Kultur für die Periode 2021-2024 verabschiedet und ans Parlament überwiesen. Die drei bisherigen strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes – kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Kreativität und Innovation – werden beibehalten. Der Bundesrat legt ab 2021 einen Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung. Zur Umsetzung der Botschaft sind finanzielle Mittel in der Höhe von 934,5 Millionen Franken vorgesehen. Für Kinder und Jugendliche ist insbesondere das Programm «Jugend und Musik», welches in Zusammenarbeit mit den Kantonen die gezielte Förderung musikalisch begabter Minderjährige vorantreiben will.

Geschäft des Bundesrates

20.068

Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung). Volksinitiative

Die Initiative will Werbung für Tabakprodukte, die Kinder oder Jugendliche erreicht, eindämmen. Zigaretten-Werbung auf Plakaten im öffentlichen Raum soll in allen Schweizer Kantonen verboten werden. Auch Kinowerbung, Inserate, Festival-Sponsoring und Online-Werbung für Tabak sollen in Zukunft nicht mehr erlaubt sein. Träger der Initiative sind die grossen Gesundheitsorganisationen, darunter der Verband der Haus- und Kinderärzte Schweiz, die Krebsliga Schweiz, der Schweizerische Apothekerverband, kantonale Lungenligen, der Schweizerische Drogistenverband, die FMH, die Kinderärzte, Lungenfachärzte sowie die Kardiologen. Unterstützt wird die Initiative zudem von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände.

Der Nationalrat hat die Initiative bereits zur Ablehnung empfohlen, so ebenfalls die vorbereitende Kommission des Ständerats.



Geschäft des Bundesrates

21.018

UNO-Migrationspakt

An seiner Sitzung vom 3. Februar 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zum UNO-Migrationspakt verabschiedet. Mit dem UNO-Migrationspakt, den die UNO-Generalversammlung im Dezember 2018 verabschiedet hat, wurde ein umfassender Handlungsrahmen zur besseren internationalen Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Migration erarbeitet. Ziel des UNO-Migrationspaktes ist es, mittels gemeinsam getragener Prinzipien und Zielsetzungen die weltweite Migration künftig sicherer und geordneter zu steuern und irreguläre Migration zu verringern.

Der Pakt bezieht sich nebst den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und der UNO-Menschenrechtskonvention auch klar auf die UNO-Kinderrechtskonvention. Von den 23 Zielen des Pakts, richten sich 15 an Kinder und wie sie auf nationaler, regionaler und globaler Ebene besser geschützt werden können. Es handelt sich dabei um politisch verpflichtende Ziele und Leitprinzipien und nicht um rechtlich bindende Grundlagen. Der UNO-Migrationspakt anerkennt die jungen Migrant*innen in erster Linie als Kinder, deren Kindsinteresse im Migrationskontext handlungsleitend sein soll.

In der Wintersession 2018 beauftragte das Parlament den Bundesrat, ihm den Antrag auf Zustimmung zum UNO-Migrationspakt in Form eines einfachen Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Aus der Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz würde er mit der Unterzeichnung des Regelwerks die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz entscheidend stärken. Sei dies durch eine funktionierende internationale Zusammenarbeit im Kinderschutz oder im verbesserten Schutz von geflüchteten Kindern, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung. Der Pakt bietet eine Chance das Kindeswohl ins Zentrum zu rücken, damit Kindern und Jugendlichen eine nachhaltige Zukunftsperspektive ermöglicht werden kann (weitere Infos im [Webbeitrag des Netzwerks Kinderrechte Schweiz](#)).

Der Ständerat will die Beratung zum UNO-Migrationspakt sistieren und zuvor das Ergebnis der Subkommission «Soft Law» abwarten, bevor er wieder über den Pakt berät.

Nun wird der Nationalrat über die Sistierung beraten.

Parlamentarische Initiative Romano Marco

13.478

Einführung einer Adoptionsentschädigung

Das Bundesgesetz vom 25. September 1952 über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) ist nach dem Muster von Kapitel IIIa mit einem neuen Kapitel IIIb zu ergänzen. Dieses sieht eine Erwerbsausfallentschädigung bei der Adoption eines Kindes vor. Die Gesundheitskommissionen beider Räte haben nun eine Vorlage ausgearbeitet.

Künftig soll es auch für Eltern, die ein Kind adoptieren, einen maximal 14-tägigen Adoptionsurlaub geben. Der Nationalrat hat der Einführung eines Erwerbssersatzes bei Adoptionen mit 123 zu 70 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Die vom Nationalrat gutgeheissene Version sieht vor, dass der Adoptionsurlaub nur dann bezogen werden darf, wenn das Kind zum Zeitpunkt der Adoption noch nicht vier Jahre alt ist. Der maximal 14-tägige Adoptionsurlaub kann auch tageweise bezogen werden.

Parlamentarische Initiative Jositsch Daniel

16.408

Mindeststrafen bei sexuellen Handlungen gegenüber Kindern unter 16 Jahren

Sexuelle Handlungen gegenüber Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren können gemäss Artikel 187 StGB relativ milde bestraft werden (bis zu Geldstrafe). Das konkrete Alter des minderjährigen Opfers bleibt unberücksichtigt. Verübt der Täter gleichzeitig ein anderes Sexualdelikt (z. B. Art. 189 oder 190 StGB), dann öffnet sich zwar der obere Strafrahmen (bis 15 Jahre), die Mindeststrafe bleibt aber unverändert. Der Vorstoss verfolgt das Ziel, zwischen Straftaten gegenüber Jugendlichen unter 16 und gegenüber Kindern unter 12 Jahren zu unterscheiden und für Sexualhandlungen gegenüber Opfern beider Altersgruppen Mindeststrafen festzuschreiben. Beide Kommissionen für Rechtsfragen haben dem Vorstoss Folge gegeben.

Der Ständerat beschloss für die Behandlung der Vorlage eine Fristverlängerung bis zur Sommersession 2021.



Parlamentarische Initiative Markwalder Christa

20.455

Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr

Die Initiatorin fordert eine steuerliche Entlastung für familienergänzende Kinderbetreuung von bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr. Sowohl die ständerätliche als auch die nationalrätliche Bildungskommission haben der Initiative bereits Folge gegeben und eine entsprechende gesetzliche Grundlage erarbeitet. Der Nationalrat stimmte deutlich höheren Steuerabzügen bei einer Inanspruchnahme familienergänzender Kinderbetreuung zu. Eine gleichzeitige Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs lehnt er hingegen ab.

Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Motion

19.3446

Mutterschaftsentschädigung endlich auch für Ehegattinnen und eingetragene Partnerinnen von Landwirtinnen und Landwirten

Der Bundesrat wird aufgefordert, das Erwerbersatzgesetz dahingehend zu ändern, dass Ehegattinnen und eingetragene Partnerinnen von Landwirt*innen in Zukunft eine Mutterschaftsentschädigung erhalten.

Erreicht werden soll dies durch folgende zwei Massnahmen:

1. Der Ehegattin oder der eingetragenen Partnerin wird ein Barlohn als mitarbeitendes Familienmitglied ausgerichtet. Dieser Barlohn wird bei der AHV deklariert und auf ein auf die Ehegattin oder eingetragene Partnerin lautendes Konto einbezahlt.

Oder:

2. Die Ehegattin oder eingetragene Partnerin meldet sich als Selbstständigerwerbende bei der Ausgleichskasse an. Das landwirtschaftliche Einkommen wird unter beiden Ehegatten oder eingetragenen Partnerinnen aufgeteilt und bei der AHV deklariert.

Der Nationalrat hat der Motion zugestimmt, der Bundesrat beantragte jedoch deren Ablehnung.

Motion Schläpfer Therese

19.4191

Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellen Übergriffen und Gewalt an Frauen und Kindern

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass ausländische Personen bei Gewalt gegen Frauen und Kinder im häuslichen Bereich zwingend des Landes verwiesen werden.

Die Vorlage wird im Nationalrat zum ersten Mal beraten, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Motion Roduit Benjamin

19.4069

Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Es soll eine umfassende Studie über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden, da deren Alltag besonders stark von den Auswirkungen von Covid-19 betroffen ist. Der Bundesrat wird beauftragt, Kinder und Jugendliche ins nationale Human-Biomonitoring-Programm aufzunehmen. Die daraus gewonnenen wissenschaftlichen Ergebnisse sollen die bestehenden Wissenslücken im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schliessen und ihre gesundheitliche Situation in der Schweiz verbessern.

Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.



Motion Lohr Christian

19.4070

Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit

Die Motion fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine nationale Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit vorzulegen. Die Strategie soll neben Zielen, einen Aktionsplan sowie eine adäquate Finanzierung beinhalten.

Von der Gesundheit betroffene Politikbereiche (Bildung, Soziales) sowie Rahmenbedingungen, Umfeld und Lebensphasen sind mit einzubeziehen. Überdies soll die Strategie an die strategischen Überlegungen für die Agenda 2030 sein.

Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Motion Bulliard-Marbach Christine

19.4349

Endlich den Schutz von Kindern vor der rasant ansteigenden pädosexuellen Gewalt im Internet mit einem griffigen nationalen Aktionsplan gewährleisten

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, auf der Basis der Strategie Digitale Schweiz und der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken 2018-2022 konkrete Massnahmen zur effektiven Bekämpfung der sich rasant verbreitenden pädosexuellen Gewalt im Internet auszuarbeiten. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter Einbezug der zuständigen Fachorganisationen im Kindes- und Jugendschutz und Branchenvertretungen geschehen.

Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung, der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

Motion Schläpfer Therese

19.4261

Kinderehen müssen konsequent bekämpft werden

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass bei Eheschliessungen, bei denen ein Ehepartner jünger als 16 Jahre alt ist, von Gesetzes wegen vermutet werden muss, dass der Straftatbestand der Zwangsheirat erfüllt ist.

Die Vorlage wird im Nationalrat zum ersten Mal beraten, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Motion Bulliard-Marbach Christine

19.4632

Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) einen Artikel aufzunehmen, indem für Kinder das Recht auf gewaltfreie Erziehung verankert wird. Damit sollen die Kinder vor körperlicher Bestrafung, seelischen Verletzungen und anderen entwürdigenden Massnahmen geschützt werden.

Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung.

Motion Marti Samira

20.3024

Dramatische Situation auf Lesbos. Die Schweiz muss handeln!

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Kapazitäten der Bundesasylzentren und der kantonalen Asylzentren vollständig auszulasten. Dafür sollen Menschen von den griechischen Inseln direkt in die Schweiz geholt werden, damit ihnen hier ein ordentliches Asylverfahren gewährleistet werden kann. Der Bundesrat soll zudem andere willige Staaten in Europa auffordern, es ihnen gleich zu tun.

Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung.



Motion Markwalder Christa

20.3322

Keine Lehrabbrüche von Asylsuchenden, die bereits in den schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen und die Praxis dahingehend anzupassen, dass Asylsuchende, die mit einem gültigen Lehr- oder Ausbildungsvertrag bereits im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, ihre Berufsausbildung weiterführen und abschliessen können.

Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt ihn zur Ablehnung.

Motion Baume-Schneider Elisabeth

20.3420

Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

Der Bundesrat wird beauftragt, pragmatische Lösungen für die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen vorzuschlagen, damit bei Krisen wie der Covid-19-Pandemie Menschen ohne rechtlich geregelten Status geholfen werden kann (Sans-Papiers, Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung und/oder solche, die in Branchen wie der Hauswirtschaft, dem Gastgewerbe oder dem Baugewerbe arbeiten und einen prekären Status haben). Diese Menschen haben weder Zugang zu Lohnersatzmassnahmen oder zur ordentlichen Sozialhilfe noch zum Gesundheitssystem. Dies betrifft vor allem auch Kinder aus diesen Familien. Der Ständerat wies die Motion an die zuständige Kommission zur Vorprüfung zurück, welche dem Bundesrat folgt und die Motion zur Ablehnung empfiehlt. Der Ständerat wird in der aktuellen Session darüber befinden.

Motion Feri Yvonne

20.3687

Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen

Die Motionärin fordert den Bundesrat auf, eine nationale Kampagne zu lancieren, welche Kinder und Jugendliche für die negativen Folgen von Mobbing und Cybermobbing sensibilisiert sowie auf mögliche strafrechtliche Folgen hinweist. Im Sinne einer Täter*innenprävention soll dabei insbesondere auf die Täter*innen sowie die Zuschauenden fokussiert werden.

Der Nationalrat hat der Motion bereits zugestimmt, auch die vorberatende Kommission des Ständerats empfiehlt die Motion einstimmig zur Annahme. Nun berät der Ständerat darüber.

Motion Lohr Christian

20.3691

Automatische Ausstellung eines Ausweises für den Bezug einer Hilflosenentschädigung

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die nötigen Grundlagen zu schaffen, damit der heute nur auf explizites Verlangen hin ausgestellte IV-Ausweis, der den Bezug einer Hilflosenentschädigung (HE) bestätigt, automatisch ausgestellt wird (analog zu Personen mit IV-Rente). Dies namentlich für folgende Personengruppen: Kinder mit einer HE, Erwachsene, die eine HE, aber keine IV-Rente erhalten und Personen im AHV-Alter, die eine HE erhalten.

Der Nationalrat hat der Motion bereits zugestimmt und auch die ständerätliche Gesundheitskommission empfiehlt die Motion zur Annahme. Nun berät der Ständerat darüber.

Motion Funciello Tamara

20.4451

24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention

Der Bundesrat wird beauftragt, ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot (sowohl telefonisch wie auch Online) für Opfer von Gewalt und von Gewalt mitbetroffenen Personen einzurichten oder dieses schweizweit zu koordinieren. Dieses muss die Anforderungen von Artikel 24 der Istanbul-Konvention erfüllen, für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden.

Der Nationalrat hat dem Vorstoss bereits zugestimmt, er wird nun im Ständerat behandelt.



Motion Vincenz-Stauffacher Susanne

20.4452

24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention

Der Bundesrat wird beauftragt, ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot (sowohl telefonisch wie auch Online) für Opfer von Gewalt und von Gewalt mitbetroffenen Personen einzurichten oder dieses schweizweit zu koordinieren. Dieses muss die Anforderungen von Artikel 24 der Istanbul-Konvention erfüllen, für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden.

Der Nationalrat hat dem Vorstoss bereits zugestimmt, er wird nun im Ständerat behandelt.

Motion Herzog Eva

20.4463

24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention

Der Bundesrat wird beauftragt, ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot (sowohl telefonisch wie auch Online) für Opfer von Gewalt und von Gewalt mitbetroffenen Personen einzurichten oder dieses schweizweit zu koordinieren. Dieses muss die Anforderungen von Artikel 24 der Istanbul-Konvention erfüllen, für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen der Motion. Die Zuständigkeit für die Errichtung eines solchen Beratungsangebots liegt jedoch bei den Kantonen. Sofern die Kantone gewillt sind, ein solches Angebot aufzubauen, ist der Bundesrat bereit, dabei eine koordinierende Rolle zu übernehmen.

Der Ständerat hat dem Vorstoss bereits zugestimmt, nun befindet der Nationalrat darüber.

Motion Français Olivier

20.4573

Führerausweis ab 16 Jahren für vierrädrige Leichtmotorfahrzeuge

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 6 der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) dahingehend zu ändern, dass das Führen von vierrädrigen Leichtmotorfahrzeugen mit einer Höchstgeschwindigkeit von maximal 45 km/h ab 16 Jahren erlaubt ist. Dies, damit die für die verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen geltenden Vorschriften besser aufeinander abgestimmt sind und sich die Schweizer Regeln denjenigen der Nachbarländer annähern.

Der Ständerat hat dem Vorstoss bereits zugestimmt, nun ist er im Nationalrat traktandiert.

Motion WBK-NR

21.3964

Lücken in der Integrationsagenda füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendliche in der Schweiz

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt,

1. die Kantone bei der Umsetzung und Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-/EFTA- und Drittstaaten zu unterstützen;
2. zu diesem Zweck auch das Pilotprogramm «Integrationsvorlehre Plus» zu evaluieren, aufgrund der Erfahrungen bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen sowie die entsprechenden Bundesbeiträge an die Kantone zu verstetigen und
3. gemeinsam mit den Kantonen Massnahmen vorzusehen, um die Erreichbarkeit der Zielgruppe durch eine systematische Erstinformation sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Abklärungsangebote (Potenzialanalysen) zu verbessern.

Der Ständerat behandelt die Motion als Erstrat.



Postulat Feri Yvonne

19.4016

Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?

Das Postulat von Yvonne Feri verlangt vom Bundesrat zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie das Fedpol mit Verdachtsmeldungen (v.a. aus dem Ausland) umgeht, und was zur Verbesserung der Situation gemacht werden könnte.

Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat, der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

Postulat Regazzi Fabio

19.4105

Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen

Das Postulat von Fabio Regazzi beauftragt den Bundesrat zu prüfen, welche rechtlichen und sonstigen Massnahmen nötig sind, um eine wirksame Bekämpfung der Kinderprostitution im Internet zu bekämpfen.

Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat, der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

Postulat Trede Aline

21.3078

Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im BASPO

Das Postulat verlangt vom Bundesrat einen Bericht zur eine geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im Bundesamt für Sport BASPO.

Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt die Annahme des Vorstosses.

Postulat Baume-Schneider Elisabeth

21.3741

Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, die Möglichkeit zur Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit zu untersuchen. Der Austausch notwendiger Informationen und Erfahrungen zwischen den unterschiedlichen Zuständigkeitsebenen und -bereichen im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenzen würde dazu beitragen, die Lücken bei der Zusammenarbeit und der Koordination zu schliessen. Eine solche Beobachtungsstelle würde überdies die Entwicklung einer abgestimmten und den unterschiedlichen kantonalen und regionalen Situationen angepassten Strategie ermöglichen.

Der Ständerat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

Postulat SGK-NR

21.3961

Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen

Der Bundesrat wird mit der Motion gebeten, eine volkswirtschaftliche Gesamt-Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, welche die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen von verschiedenen Elternzeitmodellen unter Einbezug internationaler Erkenntnisse (Island, Schweden, Deutschland usw.) simuliert und abschätzt.

Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

Interpellation Vara Céline

21.3612

Epidemiologische Studien über Neonicotinoide in der Hirnflüssigkeit von Kindern

Die Interpellantin möchte vom Bundesrat Antworten auf Fragen zur Belastung durch und zu den Folgen von synthetischen Pestiziden in Bezug auf die menschliche Gesundheit – insbesondere jener von Kindern.



Interpellation Vara Céline

21.3699

Doulas als Ergänzung zu Hebammen oder Entbindungspflegern. Ein Modell für eine bessere Schwangerschaftsbetreuung

Die Interpellantin stellt verschiedene Fragen zur Einschätzung des Bundesrats betreffend die Unterstützung der Eltern durch Doulas während der Geburt, unter anderem auch zu Wegen der Anerkennung (z.B. KVG)

Interpellation Carobbio Guscetti Marina

21.3701

Vermisste unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen?

Die Interpellantin bittet den Bundesrat auf Antworten zu den folgenden Fragen: Angesichts dieser alarmierenden Zahlen bitte ich den Bundesrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie wollen Bundesrat und SEM konkret handeln, um zu verhindern, dass unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten verschwinden, in unserem Land oder in Europa plötzlich auf sich gestellt sind und sich im Netz der organisierten Kriminalität verfangen?
- In Italien sieht die Legge Zampa in Artikel 13 Absatz 2 vor, dass unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer bei Bedarf bis zum Alter von 21 Jahren den Sozialdiensten anvertraut werden können. Faktisch werden die unbegleiteten minderjährigen Migrantinnen und Migranten nicht mehr nur bis 18 als solche betrachtet, wie es hingegen in der Schweiz der Fall ist. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass eine solche Bestimmung nützlich sein könnte, um unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten enger zu begleiten und ihrem Verschwinden entgegenzuwirken? Falls ja, hat er die Absicht, dem Parlament eine entsprechende Regelung zur Verabschiedung vorzulegen?
- Was hält er von der in Italien neu eingeführten Funktion eines geschulten ehrenamtlichen Vormunds, der unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten begleitet?
- d.h. Wie arbeiten die Schweizer Behörden mit den europäischen Behörden zusammen, um dieses alarmierende Problem anzugehen?